

Herforder Zeitung

Bezugspreis 1.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug 4.00 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Kernstraße 29/31



und Land

Fernsprecher Nr. 63 und 151
Postfachkonto Nr. 5796
Schlesien-Hannover

Anzeigenpreis 30 Pfennig

die 1 Spalte 1 Millimeterzeile oder deren Raum für Stadt u. Landkreis Herford, sonst 35 Pfennig. Kleinanzeigen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 104.

Herford, Freitag, den 6. Mai 1921

39. Jahrgang.

Das Ultimatum.

„Ohne Vorbehalt oder Bedingungen“.

Woh. London, 5. Mai. Ämtlicher Wortlaut der gemeinsamen Erklärung der Verbandsregierungen. Die Verbandsregierungen stellen fest, daß trotz der wiederholten Zusicherungen, die von den Verbündeten seit der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles gemacht worden sind, und ungeachtet der Warnungen vor Zwangsmaßnahmen, die in Spa und Paris beschlossen worden sind, wie auch der in London angekündigten, seither in Kraft getretenen Maßnahmen die deutsche Regierung mit der Erfüllung der Verpflichtungen im Rückstande ist, die ihr nach den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages obliegen, und zwar in folgenden Punkten: 1. Einzahlung, 2. Zahlung der 12 Milliarden Goldmark, die gemäß Art. 235 des Friedensvertrages am 1. Mai fällig waren, und deren Beilegung von der Reparationskommission bereits für den genannten Zeitpunkt verlangt wurden. 3. Die Aburteilung der Kriegsverbrecher unter den Bedingungen, wie sie genau durch die Verbandsnoten vom 18. Februar und 16. Mai 1920 festgelegt worden sind. 4. Einige andere wichtige Fragen. In erster Linie diejenige, welche die Artikel 264 bis 267, 269, 273, 321, 322 und 327 des Friedensvertrages betreffen. Sie beschließen deshalb:

a) heute bereits alle vorbereitenden Maßnahmen zu ergreifen, welche zur Befriedung des Ruhrgebietes durch die verbündeten Truppen am Rhein nötig sind, und zwar unter den in Abschnitt D vorgesehenen Bedingungen;

b) gemäß Artikel 233 des Friedensvertrages die Reparationskommission aufzufordern, den deutschen Regierung unverzüglich die Zeiten und Bedingungen für die Beilegung der deutschen Schuld in ihrer Gesamtheit mitzuteilen und ihre diesbezügliche Entscheidung der deutschen Regierung bis spätestens 12. Mai bekanntzugeben;

c) die deutsche Regierung aufzufordern, innerhalb einer Frist von 6 Tagen nach dem Empfang der obigen Entscheidung Klipp und klar zu erklären, daß sie entschlossen ist: 1. ohne Vorbehalt oder Bedingungen ihre Verpflichtungen zu erfüllen, wie sie von der Reparationskommission festgelegt werden; 2. ohne Vorbehalt oder Bedingungen hinsichtlich ihrer Verpflichtungen die von der Reparationskommission vorgeschriebenen Sicherheiten anzunehmen und durchzuführen; 3. ohne Vorbehalt unverzüglich die Maßnahmen zwecks Abfertigung zu Lande, zu Wasser und in der Luft, welche der deutschen Regierung durch die Verbandsmächte durch Schreiben von 29. Januar aufgegeben wurden, durchzuführen, und soweit die Durchführung dieser Maßnahmen bereits fällig geworden ist, unverzüglich die weiteren Maßnahmen zu Ende zu führen, die zur bestimmten Frist verwirklicht werden müssen; 4. ohne Vorbehalt unverzüglich die Aburteilung der Kriegsverbrecher vorzunehmen, sowie die Erfüllung der übrigen Teile des Vertrages, denen bisher noch nicht Genüge getan ist, wovon in § 1 dieser Note die Rede ist;

d) am 12. Mai zur Befriedung des Ruhrgebietes zu schreiten und alle anderen militärischen Maßnahmen zu Wasser und zu Lande zu ergreifen, bei Nichterfüllung der obigen Bedingungen durch die deutsche Regierung. Die Befriedung wird solange dauern, bis Deutschland die in Abschnitt C aufgestellten Bedingungen erfüllt haben wird.

London, 5. Mai 1921.

gez. Lloyd George, Briand, Storja, Jaspar, Gattaschi.

Rücktritt des Reichskabinetts.

Ein Ministerium Stresemann nicht unwahrscheinlich

Woh. Berlin, 4. Mai. Mit Rücksicht auf die durch die Antwortnote der Vereinigten Staaten geschaffene politische Lage hat das Kabinett heute einstimmig seinen Rücktritt beschlossen. Der Reichskanzler hat sich am Abend zum Reichspräsidenten begeben, um ihm den Entschluß des Kabinetts mitzuteilen. Der Reichspräsident hat das Kabinett gebeten, die Geschäfte weiterzuführen. Das Kabinett hat zugestimmt.

Woh. Berlin, 5. Mai. Das Reichskabinett trat heute morgen zu einer Sitzung zusammen. Vor dem Eintritt in die Verhandlungen nahm der Reichsjustizminister Dr. Heine das Wort und führte u. a. aus, selbst der schärfste Kritiker könne dem Kabinett manchen Erfolg nicht absprechen. Zu diesen Erfolgen habe der Reichskanzler durch die Art, wie er die Geschäfte geführt habe, ganz wesentlich beigetragen. Sein klarer politischer Blick, mit dem er so manche Schwierigkeiten überunden habe, seine unbestreitbare Unparteilichkeit, sein persönliches Wohlwollen haben ihm das volle Vertrauen des Kabinetts eingebracht und dieses Vertrauen sei die

Das Neueste vom Tage.

Am Hermannsdenkmal bei Detmold fand gestern eine sehr eindrucksvolle und nachhaltig wirkende vaterländische Kundgebung der demokratischen Jugendverbände von Nordwestfalen und Lippe statt.

Nach einer Verordnung des Reichspräsidenten ist der Ausnahmezustand für die unbefestigten Gebiete des Regierungsbezirks Düsseldorf sowie für die Regierungsbezirke Aachen und Münster aufgehoben.

Die Frage einer Rückberufung der amerikanischen Truppen am Rhein ist neuerdings entgegen anderslautenden Meldungen nicht erwogen worden.

Präsident Harding erhebt Einspruch gegen einen dem Flottenbudget beigegebenen Zusatz, eine Konferenz zur Herabsetzung der Flottenrüstungen einzuberufen und verlangt, daß das Flottenprogramm von 1916 durchgeführt werde, um die Lücken der amerikanischen Kriegsflotte auszufüllen.

Das Warschauer obereschlesische Komitee hat den Entente-Kommissionen eine Denkschrift überreicht, in der nochmalige Volksabstimmung gefordert wird.

Eine in der Republik Kuba, insbesondere Havana, veranstaltete Sammlung zur Linderung der Not deutscher Kinder ergab mehr als eine Million Mark; ein Teil davon soll den deutsch-österreichischen Kindern zugute kommen.

Der bekannte Pazifist und Nobelpreisträger Alfred G. Fried ist in Wien plötzlich gestorben.

Als Kanzlerkandidat wird auch der demokratische Oberpräsident von Hessen-Nassau, Dr. Schwander, genannt.

Beste Grundlage für die gemeinsame Arbeit gewesen, die jeden Mitgliede des Kabinetts einen wertvollen Teil seines Lebens bedeuten werden.

In dieser grauenvollen Lage sind die führenden politischen Persönlichkeiten in Berlin genötigt, schnell und energisch zu handeln, um sofort nach dem Rücktritt der jetzigen Regierung eine neue bilden zu können. Allgemeine Ueber einstimmung herrscht darüber, daß unter den gegenwärtigen Gefahren kein langes Suchen nach neuen Ministern möglich ist. Selt scheint zu stehen, daß die Mehrheit sozialdemokratisch trotz der vaterländischen Not den Eintritt in eine neue Regierung ablehnt. Darüber muß später mit ihr abgerechnet werden. Jetzt ist keine Zeit zu beständigen Parteiauseinandersetzungen. Wie die neue Regierung sich zusammensetzen soll, das bildet im Augenblick die allgemeine Aufgabe der Stunde. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags, die Fraktionen, der interfraktionelle Ausschuß der Mehrheitsparteien und das Kabinett halten täglich Sitzungen ab und suchen eine Lösung. Im vaterländischen Interesse muß dringend gewünscht werden, daß diese Lösung in den aller nächsten Tagen gefunden wird. Wenn das Ultimatum abläuft, muß die neue Regierung schon vorher die Verantwortung für die abzusagende Antwort übernehmen.

Die „Deutsche Allg. Zeitung“ hat aus parlamentarischen Kreisen erfahren:

Die Koalitionsparteien werden voraussichtlich noch heute zu einer entscheidenden Beratung über die Neubildung des Kabinetts zusammentreten. Vorbesprechungen haben schon im Laufe des gestrigen Abends stattgefunden, wahrscheinlich ist, daß eine Reihe von Fachministern, die dem bisherigen Kabinett angehörten, wieder in das neue Kabinett eintreten werden. Sicher ist bisher lediglich, daß das Kabinett auf derselben politischen Grundlage wie das bisherige gebildet werden wird, das heißt, durch die bisherigen Koalitionsparteien Zentrum, Demokratie und Deutsche Volkspartei. Von seiten der Deutschen Nationalen ist bereits die Geneigtheit betont worden, dem neuen Kabinett gegenüber in Anbetracht der politischen Lage eine wohlwollende Neutralität zu üben. Welchen Standpunkt die Sozialdemokratie einnehmen will, steht noch nicht fest. Reichskanzler Fehrenbach und Minister Dr. Simons dürften nicht wieder in das Kabinett eintreten. Zweifelhaft ist der Wiedereintritt des Reichswirtschaftsministers Dr. Scholz und des Reichsfinanzministers Dr. Wirth. Auch in der Befriedung des Vizenzlerpostens wird voraussichtlich eine Aenderung eintreten, dagegen dürfte der Vizenzler Dr. Heine das Ressort des Reichsjustizministeriums

behalten. Als Aussichtskandidat für den Posten des Reichskanzlers wird zurzeit der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann, angesehen. Für den Posten des Außenministers wird der Vorkandidat in Paris Dr. Mayer genannt. Die endgültige Entscheidung wird voraussichtlich im Laufe des heutigen Tages fallen.

Stresemann für das Ultimatum?

Wir erfahren von bestreuerter, gutunterrichteter Seite aus Berlin: In gut unterrichteten parlamentarischen Kreisen verlautet, daß Dr. Stresemann über das ganz bestimmte fest unrichtige Informationen aus London und Paris verfügt, die nach seiner Meinung eine genügende Gewähr für die Uebernahme der verantwortlichen Geschäfte bieten. Es verlautet nämlich, daß das Ultimatum der Entente keinen Punkt enthalten wird, zu dem Dr. Stresemann nach seiner Prüfung der Sachlage nicht seine Zustimmung zu geben vermöchte. Die in den letzten Tagen im Gange gewesene Fühlungnahme zwischen Vertretern des deutschen und französischen Wirtschaftslebens hat offenbar das Urteil gefördert der Persönlichkeiten der Volkspartei auf eine ganz andere Grundlage gestellt als bisher. Die im Hintergrund der Entwicklung sich abspielenden Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Allgemein aufgefallen ist im Reichstage das Fernbleiben der Abgeordneten Stinnes und Böglers. Was sich hier vorbereitet scheint letzten Endes nichts weniger zu sein als eine neue Internationale.

Das Interesse Englands, geschäftlich günstige Vorteile zu erzielen, scheint das französische Verlangen nach neuen Vorbeeren allmählich mehr und mehr in den Hintergrund zu drängen. Die letzten Tage scheinen in der Beurteilung der Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie von unserer Seite sowie in der Beurteilung der aus ihr möglichen Vorteile für unsere Gegner einige Veränderungen gebracht zu haben, aus denen der Gedanke einer gemeinsamen Wieder aufbauarbeit in deutlicherer Form erwächst.

So ergibt sich das merkwürdige Bild, daß die Partei (die Deutsche Volkspartei), die bisher in aller Schärfe gegen die Erfüllung der gegnerischen Forderungen aufgetreten ist, nur dazu berufen zu sein scheint, unter sie ihr Siegel zu setzen.

Der Aufruhr in Oberschlesien.

Korfanty als Gouverneur.

Woh. Breslau, 5. Mai. Korfanty hat sich gestern Abend zum Zivil- und Militär-Gouverneur in Oberschlesien ausgerufen.

Woh. Berlin, 6. Mai. Ein Warschauer Funkpruch vom gestern Abend besagt, daß Korfanty und ein gewisser Dolska sich an die Spitze der polnischen Aufstandsbewegung in Oberschlesien gestellt haben. Der deutsche Geschäftsträger in Warschau ist angewiesen worden, bei der polnischen Regierung Aufklärung über diese Funkpruch zu fordern.

Drohungen der Aufrührer.

Woh. Warschau, 5. Mai. Nach einer Meldung der Polnische Telegraphenagentur haben die Führer der polnischen Aufstandsbewegung in Oberschlesien an den Obersten Rat zu Händen Klob Georges ein Telegramm abgesandt, in dem sie mit der Forderung der Unternehmungen drohen, falls ihren Wünschen nicht entsprochen werden sollte.

Woh. Breslau, 5. Mai. Die Schlesische Volkszeitung meldet aus Gleiwitz: Die Stichtstoffwerke Chorzow und die dortigen Elektrizitätswerke sind in den Händen der Aufständischen. In Petrosgrah im Kreise Groß-Strechitz verfügen die Banden im Kampf mit den Italienern auch über ein Geschütz.

Neue Frechheiten Korfantys.

Woh. Breslau, 6. Mai. Der Polenführer Korfanty hat an den englischen Major, den die interalliierte Abstimmungskommission entsandte, ein Ultimatum mit folgenden Forderungen gestellt: 1) neutrale Haltung während der kommenden Vorkämpfe, 2) Aufhebung des Belagerungszustandes, 3) Entfernung des Chefs der Zentralpolizei Kattowitz und 4) Verbot der deutschen Presse.

Woh. Warschau, 6. Mai. Aufgrund von maßgebenden Informationen versucht die hiesige Regierung — der Ministerpräsident — den obereschlesischen Sturm aufzuhalten. Der Beschluß des polnischen Ministerrats ist die polnisch-obereschlesische Grenze bis auf weiteres für jeden Verkehr gesperrt.

Angebot deutscher Hilfe.

Oberschlesien im Auswärtigen Ausschuss.

Am Nachmittag trat gestern das Kabinett Fehrenbach zusammen. Die deutsche Regierung hat der interalliierten Kommission deutsch Hilfe erneut angeboten. Die Regierung hat mitgeteilt, daß sie den

In zehn Minuten.

Emmensee von Georg Werth.

(Nachdruck verboten.)

Woh. Berlin, 5. Mai.

Woh. Berlin, 5. Mai.

Woh. Berlin, 5. Mai.

Woh. Berlin, 5. Mai.

Woh. Berlin, 5. Mai.

Woh. Berlin, 5. Mai.

Woh. Berlin, 5. Mai.

Woh. Berlin, 5. Mai.

Woh. Berlin, 5. Mai.

Woh. Berlin, 5. Mai.

Woh. Berlin, 5. Mai.

Woh. Berlin, 5. Mai.

Woh. Berlin, 5. Mai.

Woh. Berlin, 5. Mai.

Woh. Berlin, 5. Mai.

Woh. Berlin, 5. Mai.

Wien hat, 3000 Deutsche in die „Apo“ einzustellen. Der italienische General de Martini vertritt den Standpunkt, daß es eine Ehrenfrage für die italienische Flagge sei, die Ruhe und Ordnung in Oberschlesien wieder herzustellen.

Die obereschlesische Frage gelangt heute voraussichtlich noch nicht vor den Auswärtigen Ausschuss des Reichstags. Von deutschnationaler Seite wird verlangt, daß der Auswärtige Ausschuss beschließen soll, Reichswehr einzusetzen. Die anderen Parteien lehnen das aber ab, man müsse sonst mit der Möglichkeit rechnen, daß Polen uns den Krieg erklären würde. Ein solcher Beschluß kann verfassungsgemäß nur vom Reichstag gefaßt werden.

Silberstreife der Deutschen.

Wit. Warschau, 5. Mai. Korzantj fordert in einem Aufsatz die obereschlesische Bevölkerung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung auf und sieht strenge Strafen für Raub, Mord und Diebstahl vor. Der von Korzantj ernannte Oberkommandant der russischen Division erklärt in seinem ersten Tagesbefehl, daß das Ergebnis der Volksabstimmung von der Welt nicht anerkannt werde und daß daher die polnischen Rechte mit den Waffen gewahrt werden müssen.

Wit. Berlin, 5. Mai. Der auswärtige Ausschuss des Reichstages nahm heute vormittag den Bericht des Ministers des Auswärtigen über die Vorgänge in Oberschlesien entgegen. Die mitgeteilten Nachrichten bestätigen die außerordentliche Schwere des polnischen Aufstandes. Der Ausschuss vertagte sich auf heute nachmittag, um inwieweit dem Kabinett Gelegenheit zu geben, sich über die dem Parlament vorzulegenden Entscheidungen schlüssig zu werden.

Polnische Selbstschändung.

Wit. Königsberg, 5. Mai. Die Kleinbahn Gleiwitz-Königsberg wurde unmittelbar hinter Gleiwitz von etwa zweihundert Injuranten angehalten. Kurz darauf drang eine Bande von etwa vierzig Personen in das Kleinbahngelände in Königsberg ein. Mit vorgehaltenem Revolver zwang sie die Beamten zur Herausgabe ihrer Briefschaften und Pässe. Mit dem Revolver bedroht mußte der Stationsvorsteher den Geldschrank öffnen, aus welchem 21 000 Mark geraubt wurden. Die Räuber sind entkommen. Aus Dombitz treffen in Rattowitz immer weitere Flüchtlinge ein. Unter diesen befinden sich auch Polen, die davongelaufen sind, weil heute nachmittag drei Uhr die allgemeine polnische Aushebung angekündigt wurde.

Zwangsaushebungen der Polen.

Rattowitz, 4. Mai. In Dombitz wurde heute zwangsweise die Einziehung aller Männer, die weisensfähig sind, durch die Polen angeordnet. In Rattowitz wurden gestern nachmittag große Plakate mit der Ueberschrift angeschlagen: Der Kriegszustand durch die Polen ist verhängt. Die Unterschrift war von einem gewissen Domin, der als Polenführer bekannt ist. Durch diese Plakate werden alle Einwohner, soweit sie weisensfähig sind, zur Bürgerwehr einberufen. Gegen abend trafen Eisenbahnzüge mit Transporten aus Polen ein. Die meisten Leute trugen Zivil. In der 10. Abendstunde kamen große Aufgebote von Franzosen an und nahmen nach Handgranatenfeuer die Entwaffnung der Putzschützen vor. Heute vormittag waren sämtliche öffentlichen Gebäude wieder in der Hand der Behörden. Die polnischen Fahnen an der Post und am Rathaus wurden entfernt. Der Straßenbahnverkehr zwischen Rattowitz und Rattowitz wurde wieder aufgenommen, doch müssen sich die Passagiere im Stadteil Begutachtung der Kontrolle durch Putzschützen unterziehen.

Die Städte von den Aufständischen umschlossen.

Wit. Berlin, 4. Mai. Alle größeren Städte im obereschlesischen Industriegebiet sind von den Aufständischen umschlossen. Die Vorstadt von Gleiwitz, Richtersdorf, ist bereits in der Hand der Aufständischen, die sich hier als polnisches Schützenregiment Gleiwitz bezeichnen und Passagierschiffe an die Bevölkerung ausgeben. Kleinfeste ist heute morgen von starken polnischen gutausgerüsteten Banden besetzt worden. Auch aus dem Kreise Rosenbergs wird die Besetzung einzelner Ortschaften gemeldet. In zahlreichen Orten führen die Polen angeführte Deutsche als Geiseln weg. In Rattowitz halten die Polen den Bahnhof, Post und Landratsamt besetzt. Auf dem Rathaus weht die polnische Flagge. Die Besetzung von Rattowitz ist nicht ohne Gegenwehr der dort stationierten italienischen Truppen vor sich gegangen, die nicht unerhebliche Verluste erlitten haben sollen. Die Stadt Pleß ist gestern vormittag ebenfalls von Aufständischen besetzt worden, doch haben die Italiener sie daraus wieder vertrieben und die Ruhe wiederhergestellt. Dort hatte es sich besonders gezeigt, daß die Polen gut ausgerüstet sind und über große Mengen Munition verfügen. Eine Anzahl Polenführer sind dabei festgenommen worden. Vom Kreise Kattowitz ist das ganze rechte Oder-Ufer im Besitz der Aufständischen.

Die Marketerinderin von Köln

(30) von Levin Schilling.

Hubert schritt eine Treppe hinan; die Tür war halb geöffnet und ließ seinen Wanderer in einen breiten Flur treten. An der ersten Tür links trug eine Karte die groß geschriebenen Worte: Bogtei Elfen. Die Tür ihr gegenüber zur Rechten war bezeichnet: Parteilosen Elfen. Hinten, unterhalb der Stiege öffnete sich eben eine dritte Tür, aus der eine große blasse Frau in ziemlich anständigem, reinlichem Morgenkleid trat; sie trug eine Platte mit Kaffeegeschirre und schritt quer über den Flur, offenbar in der Absicht, die Bogtei Elfen in ihrer oberrücklichen Tätigkeit durch ein kleines Frühstück zu unterstützen.

„Wir geben nicht an der Tür; geht mit Gott!“ sagte die Frau, als sie den Studenten erblickte; sie sprach auffallend leise und hielt ihre Augen auf die Platte in ihren Händen gerichtet.

„Ich möchte den Bogt sprechen“, versetzte Hubert, „oder seine Frau... ich komme nicht zu...“, wie Sie voraussetzten schienen!

„So kommen Sie herein“, antwortete die Frau, ohne aufzuheben, mit derselben leisen Stimme.

Sie öffnete die Tür, hinter welcher sich die Bogtei Elfen befanden sollte, und Hubert folgte ihr hinein. Es war ein großes, von der Hand des Zimmermanns gewirktes und von der Hand der großen Farbenkünstlerin Zeit braunbraun überzogenes Zimmer; Mägenstühle erhoben sich an den Wänden, ein langer Tisch stand in der Mitte, und in einem Armstuhl zwischen dem Tisch und dem Ofen saß ein kleiner bieder Mann in einer gestrickten Jacke, ein schwarzes Käppchen auf dem Kopfe. Er stieß aus einer langen Pfeife dicke Rauchwolken von sich, die das ganze Gemach mit einer feinsten Duftigen und angenehmen Atmosphäre füllten.

„Bringt du nun endlich den Kaffee, Bife?“ fragte der Mann mit einem mürrischen Lächeln. „Ist Schilling da?“

Herford u. Minden-Ravensberg.

Stiele Wege geb'n durch den Wald,
wer nicht Bescheid weiß, verirrt sich bald;
viele Wege auch durch's Leben geh'n,
mußt immer das dir ansehn's,
ob mancher auch sonst dich loden möcht,
von dem das Herz sagt: das ist der rechte.
Johannes Trojan.

6. Mai.

Die künftige Handwerker-Organisation.

Von Dr. R. Pape - Berlin.

Den amtlichen Interessenvertretungen des Handwerks ist vom Reichsverband des deutschen Handwerks der Entwurf eines Reichsrahmengesetzes über die Berufsvertretung des Handwerks und Gewerbes zur Begutachtung zugegangen. In diesem Entwurf wird nach einleitenden Bemerkungen darüber, was als Handwerk und Gewerbe zu gelten hat, unter „Fachverbände und Berufsverbände“ bestimmt, daß diejenigen, welche ein Handwerk oder Gewerbe selbstständig betreiben, kraft Gesetzes dem Fachverband ihres Berufes angehören müssen. Die örtliche Unterstufe dieser Verbände führt den Namen „Zunft“ mit dem Zusatz des betreffenden Berufes und der Bezeichnung des Bezirkes. Für die Zünfte werden zum Teil ganz neue Satzungen und Verwaltungsvorschriften aufgestellt. Sie unterliegen künftig der Aufsicht der zuständigen Handwerks- und Gewerbeämter an Stelle der bisherigen unteren Verwaltungsbehörden. Die innerhalb des Bereiches eines Bezirkswirtschaftsrates bestehenden Zünfte bilden den Landesverband. Für jedes Gewerbe darf innerhalb des gleichen Gebietes nur ein Landesverband gebildet werden. Die Landesverbände haben diejenigen Aufgaben zu erfüllen, die über den Rahmen der Zunft hinausgehen.

Eine weitere Neuerung im Entwurf sind die Reichsverbände, die unter Zustimmung der Reichsregierung aus den Landesverbänden gebildet werden.

Nachdem der Entwurf diesen Organisationsaufbau von unten nach oben durchgeführt hat, geht er wieder zu den örtlichen Vereinigungen zurück und sagt (§ 52): Zur Wahrung der besonderen örtlichen Interessen können sich die Zünfte einer oder mehrerer Gemeinden, eines Gemeindeverbandes oder eines höheren Kommunalverbandes, mit Zustimmung der Handwerks- und Gewerbeämter auch mehrerer höherer Kommunalverbände, zu örtlichen Vereinigungen (Zunftauschüssen, Handwerksräten, Gewerbeämtern) zusammenschließen. Soweit sich diese örtlichen Vereinigungen über mehrere Gemeindegrenzen hinweg befugt, besondere Ortsgruppen auch für einzelne dieser Gemeinden zu errichten. Ueber das Fortbestehen nicht örtlicher Vereinigungen (gemischter Zünfte, Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen) und ihre Beteiligung bei der örtlichen Verbindung der Fachverbände entscheidet die zuständige Landeszentralbehörde nach Anhörung der Berufsvertretungen des Handwerks und Gewerbes.

Der Gesetzentwurf bringt sodann Bestimmungen über eine Zusammenarbeit der Fachverbände mit den Berufsverbänden der Arbeitnehmer. Diese Zusammenarbeit wird vermittelt durch Fachauschüsse, die auf paritätischer Grundlage von den beiderseitigen Verbänden zu bilden sind. Die Fachauschüsse sind berufen, die Fachverbände der Arbeitgeber mit den Berufsverbänden der Arbeitnehmer im Rahmen der beruflichen Selbstverwaltung zur Förderung der gemeinsamen Interessen ihres Berufszweiges zusammenzuführen. Fachauschüsse sind sowohl für jeden Verband, als auch im Anschluß an die Zünfte, Zunftauschüsse, Landes- und Reichsverbände zu bilden.

Für die Handwerks- und Gewerbeämter bringt der Entwurf mancherlei Neues. Die Bezirke werden anders festgelegt, etliche Kammern vielleicht aufgelöst bzw. mit anderen zusammengelegt, das Wahlverfahren ist den Zeitverhältnissen entsprechend geändert (gleiche und geheime Wahl), das Strafrecht gegenüber den Handwerkern auf

1000 M. erhöht, die Gesellenauschüsse werden befestigt, die Aufsichtsbefugnisse gegenüber den Zünften usw. erweitert. Die im Gebiete eines Bezirkswirtschaftsrates bestehenden Handwerks- und Gewerbeämter können mit den beteiligten Landesverbänden eine gemeinsame Vertretung bilden, die Landesauschüsse. Dieser besteht je zur Hälfte aus Vertretern der beteiligten Kammern und Verbände.

Die Gesamtvertretung des selbständigen Handwerks und Gewerbes ist der Reichs-Handwerks- und Gewerbeversammlung gebildet aus Vertretern der Handwerks- und Gewerbeämter und der Reichsverbände. Die Aufnahme anderer Verbände des Handwerks und Gewerbes sowie der gewerblichen Genossenschaften kann durch die Satzung vorgeesehen werden.

Das Rahmengesetz trifft dann Bestimmungen über die Anlegung eines Gewerbe Registers sowie über die Regelung von Streitigkeiten über die Zugehörigkeit zu den gewerblichen Berufsvertretungen des Handwerks oder des Handels und der Industrie. Das Gewerbe Register gibt zugleich als Liste der Wahlberechtigten für die Wahlen zur Handwerks- und Gewerbeversammlung. Wahlberechtigt sind nur die in das Gewerbe Register eingetragenen Gewerbetreibenden.

Der Entwurf enthält in seinem 108 Paragraphen zahlreiche innere Widersprüche und Unklarheiten, dagegen wenig Verbesserungen gegen den bisherigen Zustand. Er bringt dem Handwerk und Kleingewerbe eine ungesunde Ueberorganisation, die abgelehnt werden muß. Mitte Juni wird man in Würzburg sich öffentlich mit dem Entwurf beschäftigen.

h. Das Jahreseinkommen unter 10 000 M. Im Artikel unter dieser Ueberschrift (Nr. 103 des Hauptblattes der Herforder Zeitung vom Mittwoch, den 4. Mai 1921) wird darauf hingewiesen, daß alle diejenigen Personen, welche ein Jahreseinkommen unter 10 000 M. haben, von der Abgabepflicht des Einkommensteuerformulars entbunden sind. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß diejenigen, welche besondere Abzüge zu machen haben, gut tun, doch ein Formular dem Finanzamt einzureichen und darin ihre Verhältnisse persönlicher Natur eingehend erläutern. Wie sollte sonst die Steuerbehörde von diesen Abzügen Kenntnis erhalten und die Veranlagung richtig vornehmen können? Nur auf diese Weise. Man denke vor allem an folgende Abzugsberechtigungen wie Schuldzinsen, Lebensversicherungsbeiträge, Aufwendungen an Renten und dauernden Lasten, Kassenbeiträge, auch zur Berufsvertretung und sonstige zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einkünfte gemachten Aufwendungen. In den Fällen, wo der Steuerbehörde derartige Verhältnisse nicht zur Kenntnis kommen, werden zu hohe Veranlagungen erfolgen. Es bleibt dann ja noch das Rechtsmittelverfahren zur Nichtstellung übrig, aber dieses ist stets mit Zeitverlust und sonstigen Weiterungen verbunden.

agv. Vermehrte Umsatzaufsicht. In einem Erlass des Reichsministers der Finanzen an sämtliche Umsatzaufsichtsämter werden Richtlinien für eine vermehrte Steuerüberwachung gegeben, die geradezu ungeheuerlich sind. Danach wird zunächst die Vermehrung der Beamten dauernd weiter durchgeführt, ebenso die ständige Durchbildung des Beamtenkörpers. Hierzu dient eine Reihe von Mitteln, z. B. Kursus bei einem Fachverband oder auf einer Lehranstalt für Zollbeamte, Führungen durch die Zuzugssteuerbetriebe, Anlegung von Warenkammern beim Landesfinanzamt und großen Umsatzaufsichtern, auch Selbststudium. Bis dieser Zeitpunkt eintritt, ist der Beamte auf Sachverständige angewiesen. Für derartige Aufgaben kommen vornehmlich Mitglieder der Handels-, Gewerbe-, Kleinhandels-, Landwirtschafts-, Handwerkskammern, Fachverbände usw. in Frage. Daß diese Sachverständigen fast immer unbefähigt, bisweilen auch bewußt parteilich sind, darf nach der Meinung des Reichsfinanzministers nicht übersehen werden! — Weiterhin ist nach dem erwähnten Erlass für erfolgreiche Arbeit bei den Umsatzaufsichtsämtern die Einstellung von Außenbeamten auch in prophylaktischer Beziehung von entscheidender Bedeutung. Ihnen würde die Sammlung als für die Umsatzaufsicht wesentlichen Materials ins Aufwendungsobliegen, insbesondere die Nachprüfung der

„Es ist nicht Schilling, es ist ein Fremder!“ antwortete schließlich die Frau.

Erst jetzt wandte der Bogt sich so viel, daß sein Profil über seiner rechten Schulter auftauchte. Das Gesicht war das eines älteren Mannes mit kleinen grauen Augen, einer Glasbrille und sehr dicken Lippen, von denen die untere wie ein breites Symbol ewigen Mißvergnügens tief herüberhing.

„Kommt hierhin, an den Ofen“, sagte der Bogt — „soll ich mir Curvetten den Hals verreiben?“ Was wollt Ihr mir sagen?

Hubert trat ihm näher und warf sich dann, ohne eine Einladung abzuwarten, auf einen in der Nähe des Ofens stehenden Stuhl. „Erlauben Sie, daß ich mich setze“, sagte er tief aufatmend; „ich kann nicht mehr! Ich bin müde wie der ewige Jude.“

Der Bogt heftete eine Weile seine kleinen grauen Augen auf ihn; das Ergebnis seiner prüfenden Beobachtung schien kein sehr günstiges zu sein; wenigstens erhellten sich seine mürrischen Züge nicht.

„Nun, schenkt doch den Kaffee ein, Bife... die Frau ist zu dumm!“ sagte der Bogt, seine Blicke von dem Fremdling abwendend, und zwar mit einem Ausdruck, der andeutete, als habe er vollständig begriffen, wie er mit diesem Menschen daran sei — „schenkt den Kaffee ein, und dann sende hinüber zu Schilling, er solle kommen.“ sagte er; und nachdem er einige Züge aus seinem Pfeifenrohr getrunken, wandte er sich wieder an Hubert mit der Bemerkung: „Sie sind aus irgend einem Gefängnis entflohen! Was wollen Sie bei mir?“

„Es geht nichts über die Einbildungskraft eines Polizeibeamten!“ erwiderte Hubert mit mattem Lächeln. „Es ist beinahe so; mit dem Unterschied nur, daß mein Gefängnis bis jetzt eine Krankenstube war. Eine Krankenstube auf Haus Dudenrode. Ich bin am gestrigen Abend daraus entflohen. Ihre Tochter Marie hat mir dabei geholfen; sie hat mich hierhin gewiesen. Wenn Sie mir Zeit lassen, mich ein wenig zu erholen, so werde ich Ihnen meine ganze merkwürdige Geschichte erzählen.“

Der Bogt schürzte, während Hubert so sprach, seinen Kaffee und schaute über den Rand der Tasse fort den Fremden mit höchst bedeutamen Blicken an. Hubert hatte seinen Mantel zur Erde niedergelassen; er stützte den Arm auf die Stuhllehne und das blasser Haupt auf die Hand; in der stark geheizten Stube fühlte er sich plötzlich ganz unglücklich matt und elend, und jedes Wort kostete ihn Anstrengung.

„Also meine Tochter hat Sie hierher geschickt?“ fragte der Bogt. „Ja — sie wird selbst kommen — vielleicht heute noch, und es Ihnen befehlen. Sie wird das Haus der Frau von Dudenrode verlassen. Sie wird zu Ihnen zurückkehren.“

„Zurückkehren?“ rief der Bogt aus. „Und weshalb?“

Hubert schwiege — er machte nur eine Handbewegung, wie um anzudeuten, daß er keine Rechenschaft darüber geben könne.

„Frau, hörst du das?“ wandte sich der Bogt an die stille blasse Frau, die schweigend an der anderen Seite des Tisches stand und aufhörte... Marie soll zurückkommen... da haben wir die Versicherung!“

„Dann will ich Ihr Zimmer in Ordnung bringen“, sagte die blasse Frau leise.

Ihr Zimmer in Ordnung bringen! Als ob damit alles gut sei! Die Frau ist zu dumm!“ sagte der Bogt marmeladig hinzu, und die Hände ineinander verkrampfend, den Oberkörper vorbeugend, blickte er mit einem zornigen Gesicht den Ofen an.

„Ich werde sofort nach Dudenrode gehen müssen“, hub er nach einer Weile wieder an; „ich werde der gnädigen Frau Bericht beibringen. Sie muß die Marie bei sich behalten. Was soll das geben, wenn die Marie hierher kommt! Es gibt ein Unglück, Bife... nein, ich meine Schilling — da ist endlich Schilling, ja... es gibt ein Unglück, Schilling!“

Die letzten Worte waren gerichtet an ein großmütiges, langemagere Gesicht, das ein abgegrabter Kopf mit stehender, hellblauer Krone und ein rundes, silbernes Schild auf der linken Brust als irgend ein Anhängel und dienendes Glied der vogelartigen Gestalt in dem Dörfchen Elfen begehneten.

„Was ist denn vorgefallen, Herr Bogt?“ fragte Schilling, der eine scharfe hohe Stimme und ein Leidenbittergesicht mit tiefen, kalten Wangen hatte.

„Schilling, meine Tochter soll zurückkommen!“

„Das geht nicht, Bogt“, sagte Schilling sehr bestimmt, den Kopf schüttelnd.

Freilich geht das nicht. Darum will ich sofort nach Dudenrode und es der Frau von Dudenrode vorstellen. Er kann mitgehen, Schilling.“

„Das geht auch nicht, Bogt. Es ist heute morgen Termin.“

Der Bogt schob sein Käppchen in die Höhe und fragte nach ratlos den Kopf. (Fortsetzung folgt.)

Steuererklärungen an Hand der Bücher und Bögen in Bezug auf Höhe der Umsätze und Steuerlast der einzelnen Gegenstände, der Wiederverkaufserlöse und Bezugsbescheinigungen, der geheimen Bögen, der Schieberbetriebe, die Ueberwachung von Hotels, die Kontrolle über Privatverkäufe und Privatvermietungen auf Grund des Gesetzes und anderes mehr.

Erhöhung der Mietzuschläge. Durch die Presse gingen in den letzten Tagen Meldungen über eine bevorstehende allgemeine Erhöhung der Mietzuschläge auf 50 oder 60 vom Hundert der Friedensmiete. Von unterrichteter Seite wird dazu mitgeteilt, daß mit einer allgemeinen Erhöhung der Zuschläge allerdings zu rechnen sei. Im preussischen Landtag wird nämlich in absehbarer Zeit die staatliche Grundsteuer, sei es auch in veränderter Gestalt, beraten werden, zu der die Gemeinden gegebenenfalls Zuschläge erheben können. Außerdem wird die Reichsmietgesetzgebung in Kraft treten. Ferner ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß auf Grund des § 8 des Reichsmietengesetzes allgemeine, an die Gemeinden abzuführende Sonderzuschläge für große Reparaturen festgesetzt werden. Es besteht nicht die Absicht, vor diesen unmittelbar bevorstehenden Sonderzuschlägen noch eine allgemeine Erhöhung der Miete zuzulassen.

Die erste Sitzung der neuen Landwirtschaftskammer. Auf der die Neuwahlen usw. vorgenommen werden müssen, wird am 20. Mai stattfinden. Die Neuwahlen zur Landwirtschaftskammer auf Grund des Gesetzes vom 16. Dezember 1920 haben sich in Westfalen dank der Tätigkeit der landwirtschaftlichen Vereine in aller Ruhe vollzogen, um so mehr, da nur in 10 Kreisen gewählt zu werden brauchte, da in den übrigen 28 Kreisen nur ein einziger Wahlvorschlag eingereicht war. Die Zusammenkunft der neuen Kammer wird infolgedessen nicht unerheblich von der früheren ab, als die Vertreterzahl des Kleinbauernstandes auf Kosten der Großbetriebe erheblich zugenommen hat. Soweit die vorläufigen Ermittlungen erkennen lassen, gehören von den gewählten 91 Mitgliedern an dem Großbesitz (über 100 Hektar) 27 Mitglieder (darunter 3 Pächter), dem Mittelbesitz (20—100 Hektar) 45 Mitglieder, dem Kleinbesitz (unter 20 Hektar) 19 Mitglieder.

Fürsorgestelle für Kriegshinterbliebene. Von der hiesigen Fürsorgestelle für Kriegshinterbliebene wird mitgeteilt, daß die widerrücklichen Zuwendungen nach § 100 des Reichsversorgungsgesetzes vom 12. Mai 1920 nunmehr weiter gezahlt werden.

Stolz-Schrey. Auf die heute Abend im Vereinslokale stattfindende Monatsversammlung sei auch an dieser Stelle hingewiesen.

Herforder Schwimm-Verein. An die heute Abend 8 Uhr im Vereinsheim C. Dellus stattfindende Monatsversammlung sei auch hier erinnert. An alle Mitglieder wird die Bitte gerichtet, recht zahlreich an der Versammlung teilzunehmen.

Der Obst- und Gartenbauverein läßt auf Wunsch seiner Mitglieder am Sonnabend einen Vortrag über Obstwein- und Fruchttruppenerziehung halten. Dem Obstbauverband ist es nämlich gelungen, Zucker für Wein- u. Syrupbereitung freizubekommen. Außerdem lohnt die Verlosung den Besuch der Versammlung.

Amt Gohfeld-Mennighüffen.

Th. Köhne. In der gemeinsamen Sitzung des Gemeinderates und Schulvorstandes gedachte der Amtmann des am 1. April 1921 löschlich verunglückten Gemeindevorordneten Richter. An seiner Stelle wurde der Gemeindevorordnete Friedrich Meyer in Köhnefeld, Nr. 269 in sein Amt eingeführt. Weiter erfolgte die Einführung des Schulvorstandsmittels Köhnefeld Nr. 114 und der neu in den Schulvorstand getretenen 4 Mitglieder der Lehrerschaft. Der Vorsitzende gab einen Antrag des Elternrates der Volksschule Köhne an, der den Antrag des Rates des 6. Klassenzimmers, die Verfügungen der Regierung Minden über einseitige Anstellung des Lehrers für die Aufhebung der Verbindung des Organisations- und Klassenrates mit einer Lehrstelle an der Schule Köhne bekannt. Die Beschaffung eines neuen Zimmermöbels für die Rektor-Dienstwohnung wurde genehmigt. Die Veranschlagung der Lehrerdienstwohnungen erfolgte für die Hauptlehrerwohnung Köhnefeld auf 600 M., Hauptlehrerwohnung Köhnefeld auf 150 M. und Rektorwohnung Köhnefeld auf 700 M. In der anschließenden Sitzung der Gemeindevorstellung wies der Amtmann auf die, wahrscheinlich nach Pfingsten beginnenden Quaderlieferung hin. Gemeindevorstellung beschloß mit 10:3 Stimmen die Anstellung des Schmiedemeisters, Gemeindevorstellung in Köhne Nr. 129 als Fleischbeschauer und Trichinen-Schauer für die Gemeinde Köhne. Gemeindevorstellung beschloß ein Drittel der jeweils vom Staat bewilligten Baufestzuschüsse zu gewähren.

Köhne. Die Nationalbank für Deutschland eröffnet hier im Hause des Tierarztes Dr. Kroll eine Geschäftsstelle.

Th. Mennighüffen. Gemeinderatsitzung. In der letzten Sitzung des Gemeinderates gab der Amtmann bekannt, daß zu den Kosten der Regierungsgeschäften der Gemeindevorstände an Uebernahme von Reich und Staat der Betrag von 18.010,89 M. bewilligt sei. Weiterhin wurde der ablehnende Bescheid des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe wegen Abhaltung eines Kram- und Viehmarktes in Mennighüffen der Vertretung bekannt gegeben. Zustimmung wurde in dieser Angelegenheit beschlossen, nochmals die jährliche Abhaltung eines Kram- und Viehmarktes von diesem Jahre ab und zwar 2 mal jährlich im Frühjahr und Herbst zu beantragen.

Sippische Freistaaten.

H. Horn i. L. Auf der Fahrt nach dem neuen Standorte passierte am Mittwoch Abend eine Hundertschaft aus Gohfeld auf Lahn unsere Stadt. Bei einem der Wagen der Handgematen und Infanteriekompanie geladen hatte, mußte Benzin aufgefüllt werden. Der mitgeführte Tank scheint umgefallen zu haben, denn plötzlich gab es einen furchtbaren Knall und im selben Augenblick stand auch schon der Wagen in Flammen. Hausdach schlugen die Flammen und gefährdeten die benachbarten Häuser. Die Flammen waren dann an die Mauer gekommen und nun gab es ein Getöse, das grollend anzuhören war. Die Munitionskörper flogen glühend durch die Luft und zerschlugen in den Nachbarhäusern die Fenster. Die Mannschaft des Wagens wie die Hornische Feuerwehr arbeiteten auf angelegentlichste, um die gefährliche Ladung aus dem Bereich des

Feuers zu bringen. Inzwischen hatte ein weiteres Lastauto, auf welchem sich Minen befanden, Feuer gefangen, doch konnte dieses aus dem Bereich des brennenden Wagens gebracht und das Feuer erlosch. Das Unglücksauto ist bis auf die Eisenkonstruktion vernichtet.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

Wilhelmshaven. Der holländische Fischdampfer P. A. 41 rief vor einigen Tagen die deutschen Marinebehörden um Beistand an, weil er eine scharfe englische Mine beim Fischen ins Netz bekommen hatte und schwer gefährdet war. Das deutsche Torpedoboot P. 148 wurde auf See geschickt und konnte den holländischen Dampfer rechtzeitig von der gefährlichen Ladung befreien.

München. Die durch den Krieg und die Revolution mehrere Jahre lang unterbrochen gewesen waren Kassenspiele in Oberammergau, die Weltweit erlangt haben, werden im Jahre 1922 wieder aufgenommen. Die Vorbereitungen hierfür haben bereits begonnen.

München. Der Führer des letzten Milchstreiks in der Pfalz, Landrat Hamm, auf dessen Betreiben es in erster Linie zurückzuführen war, daß die Milch von den Bauern ausgetrieben wurde, um sie nicht in die Hände der Behörden kommen zu lassen, ist nunmehr wegen Beamteneinmischung und Aufforderung zum Ungehorsam zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Hamm, der nach diesen Delikten sein Amt nicht beibehalten kann, ist Führer der freien Bauernschaft.

Paris. Die englischen Soldaten, die vor dem Leipziger Kriegesgericht ausgesetzt waren, werden Großbritannien am 20. Mai verlassen. Sie werden von Detektivs und von Vertretern des Ministeriums des Innern begleitet sein.

Das Kaiserinbegräbnis in London.

Bei den Begräbnisfeierlichkeiten in Potsdam waren eine große Anzahl deutscher und ausländischer Filmoperatoren zugegen. In Berlin war die Feier im Film schon am nächsten Tage zu sehen. Wie aus London mitgeteilt wird, wurde der Film von den Begräbnisfeierlichkeiten der Kaiserin bereits 18 Stunden später dort in den Kinos vorgeführt.

Der Kampf mit einem Seepolypen.

Einen aufregenden und schweren Kampf mit einem Seepolypen hat der Zimmermann des Cunard-Dampfers „Carnania“ während der letzten Fahrt befehlen müssen, wie Newporter Blätter erzählen. Bei einem Unwetter an der irischen Küste gingen schwere Bögen über das Deck, und als der Zimmermann den entlassenen Schoten ausbessern wollte, fand er einen riesigen Seepolypen zwischen zwei Winden eingeklemmt. Das Tier umschlang ihn mit einem seiner Fangarme und suchte ihn zu zerdrücken. Der Zimmermann leistete äußersten Widerstand und bearbeitete den Polypen mit einer eisernen Stange. Der Polyp benutzte ihn mit einer furchtbaren Heftigkeit und hielt ihn 15 Minuten in einer furchtbaren Situation fest, bis es dem Manne gelang, das 40 Pfund wiegende Ungeheuer, dessen einzelne Arme mehr als 5 Fuß lang waren, zu töten.

Herunterforschung durchs Telefon.

Die Möglichkeit einer sofortigen Untersuchung bei plötzlichen Herzbeschwerden an einem Patienten, der hunderte von Kilometern von dem Arzt entfernt ist, wird durch einen Apparat gewährleistet, der von einem englischen Militärarzt George Savier angegeben worden ist. Die Einrichtung kann an jeder telephonischen Verbindung angebracht werden und ist so lange wirksam, als durch das Telefon eine Vermittlung der menschlichen Stimme im gewöhnlichen Gespräch möglich ist. „Der Durchgang des Blutes durch die verschiedenen Gefäße des Herzens“, sagt der Erfinder, „verursacht Schwingungen in der Luft, durch die jede Tätigkeit des Herzens getrieben auf den Apparat übertragen wird. Der Apparat verstärkt darauf die Hörbarkeit, daß es möglich ist, Unregelmäßigkeiten des Herzschlages auf diese Weise aus weiter Entfernung festzustellen.“ Günstige Versuche sind bereits mit dem Apparat unternommen.

Der Wollenträgermensch. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Gemütsbeschaffenheit des Menschen eine starke Abhängigkeit von dem Milieu zeigt, in dem er sich aufhält und wohnt. Gelehrte Psychologen haben, heißt es im „New York Herald“, über dieses Thema bereits dickbändige Bände verfaßt, indem sie an der Hand eines reichen wissenschaftlichen Materials nachweisen, wie der Mensch vom Klima, von der Landschaft, überhaupt von seiner Umgebung in seiner Charakterbildung beeinflusst wird, so daß schließlich die Menschen, die beispielsweise am Meer wohnen, ein ganz anderes Naturell zeigen wie etwa die Hochländer, daß die Bewohner des Südens ein ganz anderes Temperament hätten wie die Einwohner nördlicher Gebiete usw. Von diesem Standpunkt ausgehend, hat nun, wie das genannte Blatt berichtet, ein Newporter Arzt den Versuch unternommen, das spezielle Naturell des Menschen, der sich die meiste Zeit über in den höheren Regionen eines Wollenträgers aufhält, weil er dort wohnt oder sein Geschäftsbüro hat, des näheren zu ergründen. Von vornherein meint der Gelehrte, sind es meist nur energiegeladene und selbständigere Naturelle, die sich in so hohen Stockwerken wohl fühlen. Es gibt z. B. in Newport ein Bankgebäude, in dem sich mehrere Beamte und vor allem weibliche Angestellte weigerten, in einem höheren als dem zehnten Stockwerk zu arbeiten. Ueber den Grund ihrer Weigerung befragt, erklärten sie, daß sie sich weiter „oben“ nicht wohl fühlten, eine baldige Abspannung ihrer Kräfte bemerkten, und besonders, wenn sie wieder ins Parterre kamen, einen benommenen Kopf hätten. Ein Ehepaar, das im prächtigsten Stockwerk einer Aktiengesellschaft eine Dienstwohnung zugewiesen erhielt, erklärte, dort oben nicht hausen zu können, da sie bei stürmischem Wetter das Gefühl hätten, daß das ganze Haus schwänke und sie nachts oft im Schlaf gestört würden, da sie träumten, auf einem schaukelnden Schiffe dahinzufahren oder ein Erdbeben mitzumachen. Dagegen gibt es auch begeisterte Anhänger der Höhenwohnungen, die erklären, erst vom fünfzehnten Stock an sei man in Newport überhaupt in der Lage, ein Fenster offen zu halten, ohne den rasenden Straßenlärm in seiner ganzen Eindringlichkeit zu spüren. Je höher es hinaufgehe, desto reiner sei die Luft, und im fünfzehndreißigsten Stockwerk könne man sich so wohl fühlen wie in einer stadtrückigen Berggegend. Zum Wollenträgermensch, heißt es schließlich, taugt eben nicht jeder, weshalb auch so monströse Bauten nicht für alle Zwecke und Verhältnisse geeignet seien.

Wirtschaftsleben

Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte. Die Hamburg-Amerikanische Linie stellt in der ersten Maihälfte zwei neue Dampfer in den Dienst. Am 5. Mai ist der Dampfer „Adalia“ mit 3500 Tonnen

nach Westindien und der Dampfer „Niederwald“ mit 5800 Tonnen am 8. Mai nach Brasilien in See gegangen. „Niederwald“ wurde erbaut auf der deutschen Werft in Hamburg, und „Adalia“ auf der Neptunwerft in Kopenhagen. Der auf der Bremer Vulkanwerft erbaute Dampfer „Lauterfeld“ ist an die deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft „Hansa“ abgeliefert worden. Er wird am Sonnabend in Hamburg eintrifft und für Britisch-Indien Ladung an Bord nehmen (4500 Tonnen).

Aufhebung des Ausfuhrverbotes für Bekleidung. In aller Kürze wird, laut „Konfessionär“, das Ausfuhrverbot für Gegenstände der Bekleidung außer Kraft gesetzt werden und eine Ausfuhrfreiheit erscheinen, wodurch die Ausfuhrabgaben in Fortfall kommen.

Ein- und Ausfuhrbewilligung im Verkehr mit dem besetzten Gebiet. Nach einer Mitteilung der Handelskammer in Worms sind Ein- und Ausfuhrbewilligungen für den Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet erst vom 10. Mai ab erforderlich. Die bisherigen Bewilligungen behalten bis zum Widerruf ihre Gültigkeit.

Kassenspiele in Oberammergau. Die Gewerkschaft errichtet bei Klostermansfeld ein großes Sägewerk, um im Zukunft alle für ihre Schachtbetriebe nötigen Hölzer selbst zu beschaffen.

Konkurrenzkampf im Textilgewerbe. Um der Konkurrenz aus dem Elsaß zu begegnen, beschloß im sächsisch-thüringischen Textilbezirk die Spinnerei-, Weberei- und Färbereibetriebe Preisermäßigung namentlich für Gebrauchswaren. Die Arbeitnehmer sollen beurlaubt werden, die Maschinen für solche Webwaren zweifach zu bedienen. — So bedauerlich es einerseits ist, daß wir heute gewinnungen sind, solche Maßnahmen gegen eine ehemals deutsche Industrie zu unternehmen, so erfreulich ist es andererseits, daß sich die Besitzer dieser Betriebe zu einem solchen Vorgehen zusammengeschlossen haben.

Griechenland verzichtet auf die 50prozentige Abgabe. Den griechischen Zollbehörden wurde Anweisung erteilt, die 50prozentige Abgabe auf deutsche Waren vorläufig nicht zu erheben. Hoffen wir, daß auch noch andere uns feindliche Staaten zu der Ueberzeugung kommen werden, daß nicht nur wir die Leidtragenden dieser Abgabe sind, sondern auch die Angehörigen des Feindbundes selbst.

Vom Holzmarkt. Ein Fachmann schreibt unter dem 30. April: Während vor kurzem in den Kreisen des Holzgroßhandels noch einige Kaufleute für Waldungen zu Abholungen bestanden, hat sich auch darin eine Änderung ergeben. Größere Forsten wurden von den Besitzern angeboten, ohne daß sich Interessenten finden. Nur der Schnellenhandel ist zurzeit tätig, weil es ihm durch Vermittlung eines Konfessionärs, das die namhaftesten Häuser zusammen schloß, gelungen ist, mit dem Eisenbahn-Zentralamt einen Abnahmepreis auf zwei Millionen Stück zu tätigen. Der Preis, der hierbei bezahlt wurde, liegt über demjenigen, den das Eisenbahn-Zentralamt heute zu bewilligen geneigt ist. Eine Reihe von Schnellenhändlern, die Lieferungsverpflichtungen übernehmen, bestanden das zur Erfüllung erforderliche Rundholz noch nicht und kaufen infolgedessen in den Waldungen das dort angebotene Bauholz. Sie gaben hierfür bis 300 M je Festmeter ab Wald und schlugen dadurch den Wettbewerb der Sägewerke, die bei Preisen von 550 bis 650 M für parallel bestimmte 25 Millimeter starke Bretter nicht mehr als Höchstens 180 bis 200 M ab Wald zahlen dürften. Nach Waggonbohlen bestand einige Nachfrage. Süddeutschland hat aber auch auf diesem Gebiet die Preise stark geworfen. Fichtene Waggonbohlen wurden schon zu 550 bis 650 M angeboten. Am nord- und ostdeutschen Holzmarkt zahlte man für solche Dimensionshölzer immer noch 700 bis 750 M. Die Möbelindustrie liegt vollkommen darnieder. Sehr viele Fabriken arbeiten nur drei Tage in der Woche. Infolgedessen nimmt der Bestand auf den Lagerplätzen nicht ab. Sehr viele sogenannte Waggonhändler machen das Geschäft dadurch schwer, daß sie unmittelbar an die Landtschaft billige Angebote zu den gleichen Preisen richten, wie die Plaghölzhändler, die erhebliche Spesen zu tragen haben, berechnen müssen. Am Grubenholzmarkt ist ebenfalls eine Störung eingetreten. Auch Papierholz ist heute schwer verkäuflich, da die großen Unternehmungen zurückhaltend geworden sind. Die Zufuhr von Schnittholz aus Polen hat nachgelassen, da die Bezirksämter vor einer Umorganisation stehen und infolgedessen nur vereinzelt neue Anträge auf eine Holzabfuhr bewilligen.

Devisenturle.

Telegraphische Auszahlungen:	4. Mai	3. Mai
Amsterdam-Rotterdam . . . 100 Fr.	233,15	233,85
Brüssel-Antwerpen . . . 100 Fr.	521,95	523,05
Christiana . . . 100 Kr.	1018,95	1021,05
Kopenhagen . . . 100 Kr.	1205,25	1207,75
Stockholm . . . 100 Kr.	1548,45	1551,55
Helsingfors . . . 100 finnische Mk.	139,85	140,15
Italien . . . 100 Lire	320,65	321,35
London . . . 1 Pf. Sterl.	263,20	263,80
New York . . . 1 Doll.	66,03	66,30
Paris . . . 100 Fr.	523,45	524,55
Schweiz . . . 100 Fr.	1170,30	1172,70
Spanien . . . 100 Pes.	924,05	925,95
Wien (alt.) . . . 100 Kr.	17,85	17,89
Wien (Deutsch-Österreich abget.)	89,13	89,20
Buda . . . 100 Kr.	30,96	31,04

Der Wert der Mark in Pfennig:

in 3. Mai 2. Mai	in 3. Mai 2. Mai
Holland . . . 7,3	7,4
Belgien . . . 15,7	16,1
Norwegen . . . 11,1	11,1
Dänemark . . . 9,4	9,5
Schweden . . . 7,3	7,4
Italien . . . 25,5	26,0

(Berechnet nach den in Berlin festgesetzten Kursen für telegraphische Auszahlung.)

Berliner Börse am 4. Mai.

Trotz der bevorstehenden Krise in der Reichsregierung und trotz der zu erwartenden Entscheidung des Obersten Rates zeigte die Börse eine festere Haltung. Das Geschäft war ziemlich belebt bei überwiegend behaupteten Kursen, ja sogar teilweise Befestigung. Die Spekulation nahm weitere Deckungen vor. Als in der zweiten Vorjastunde größere Abgaben erfolgten, mußten sich die Werte leichte Absätze gefallen lassen. Braunkohlwerte genossen heute eine besondere Bevorzugung. So konnten sich am Montanmarkt Rheinische Braunkohlen um 19 Prozent verbessern. Elektrowerte zeigten geringe Schwankungen, dagegen waren chemische Werte ausgesprochen schwach. Der Devisenmarkt zeigte vorübergehend eine leichte Abschwächung, der Einheitsmarkt lag gekühlt. Gegen Schluß der Börse konnte sich eine etwas festere Tendenz durchsetzen.

Derzeitigen Dienst für Notfälle

haben Sonnabend nachmittag und Sonntag, den 8. Mai: Jan-Rat Dr. Pape und Dr. Weinberg.

Verantwortlich für den Inhalt: der Herausgeber und Verleger Fr. Kuhle; für die Anzeigen: Georg Bese; beide in Gersdorf.

